

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltige Reklamezeile 60 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 70.

Redaktion: Jol. Grunau.

Freitag, den 10. Februar 1911. (Scholaftika.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

38. Jahrgang.

Die vernichtende Kritik der liberalen Steuerhetze.

Wir haben wiederholt dargelegt, daß sowohl die Reichsregierung als auch die Regierungen verschiedener Bundesstaaten die Reichsfinanzreform als ein außerordentlich gutes und gesundes Reformwerk bezeichnet und so eine geradezu vernichtende Kritik an der liberalen Steuerhetze geübt haben. Heute wollen wir noch einige beachtenswerte Urteile über den wahren Wert der Finanzreform beifügen, und zwar solche, die aus liberalen Kreisen stammen.

Die Liberalen haben bekanntlich in ihrer Agitation gegen die Reichsfinanzreform behauptet, dieselbe werde Handel und Verkehr lähmen und das Gewerbe ungeheuer belasten. Tatsache ist aber, daß eine Vermehrung der Beschäftigung, lebhafterer Verkehr und eine Ausdehnung der Gütererzeugung trotz der vorgeschlagenen Finanzreform zu verzeichnen ist. Ein christlicher Liberaler, dem die Lügen seiner Partei angelegentlichst folgend, günstiger Folgen der Finanzreform denn doch gegen den Strich gingen, schrieb in der „Nationalist. Revue“ u. a. folgendes:

„Es ist in der Beziehung zweifellos ein Fehler gewesen, die Finanzreform agitatorisch auszusprechen, wie es vielfach geschehen ist; dem Liberalismus ist keine Stärkung daraus geworden und überdies hat die Ausdehnung der Finanzreform zum Teil zu einer Unzufriedenheit und Unabwägbarkeit der Agitation geführt, die zwar den meisten gar nicht bemerkt, die aber deshalb nicht minder zu bedauern ist.“

Eine sichere Gewähr ruhiger Sachlichkeit bietet ein Urteil der „Deutschen Industriezeitung“ — das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller —, das nicht in das Horn des „schwarzen Blattes“ bläst, sondern das selbe zu einer Zeit ergoß, wo die Wogen der Aufregung über die Auflösung des Reiches in Industrieleutenkreisen noch recht hoch gingen. Das Urteil lautet:

„Weglich der Finanzen des Reiches litt sie mehr an der dauernden Mißere dieser Finanzen, als sie nun unter den Bedingungen leidet, die die einseitige Gesinnung derselben möglich gemacht haben. Sie ist im Gegenteil darüber nicht im Zweifel, daß der heutige Zustand dem früheren bei weitem vorzuziehen ist. Die gute Wirkung der Reform nicht nur auf die Finanzen des Reiches, sondern auch auf den Ansehen und Wohlstand ist nicht zu leugnen. Das kommt auch der Industrie zugute, nicht nur der Industrie, sondern auch den anderen Kreisen der gewerblichen Bevölkerung, was natürlich wieder auf die Industrie zurückwirkt. Die Industrie hat also gar keine Veranlassung, sich in die Unzufriedenheit über die Reichsfinanzreform verbeugen zu lassen. Die „Kölnische Zeitung“ scheint gegenüber den Stellen, die die Industrie in einer Schrift „Das Uebermaß der öffentlichen Lasten der Industrie“ behauptet, die Industrie für laim die ihr durch die Reichsfinanzreform auferlegten Lasten Zahlen in arger Verlegenheit zu sein. Ist es denn nur möglich, daß die wirkliche Stimmung, die in den industriellen Kreisen während der Arbeiten für die Industrieform geäußert hat, so wenig kennt? Damals stand das deutsche Volk doch den ohnmächtigen Verdrüben der Reichsfinanzreform gegenüber, die Reichsfinanzreform zu befechtigen. In der Industrie herrscht nur der eine, sehr lebhaft empfundene Wunsch, daß endlich einmal Ordnung geschaffen werde. Sie hatte sich sogar bereit erklärt, einen Teil des Mehreinkommens auf sich zu nehmen, und sie konnte deshalb gar nicht überfordert und verstimmt darüber sein, daß durch die Reform nun auch ein Teil auf sie abgewälzt wurde. Sie hatte sich zu einem Opfer bereit erklärt, trotzdem sie sich über ihre übrige Belastung vollkommen klar war. Die Mißstimmung über die Reichsfinanzreform herrscht also in anderen Kreisen als in den industriellen, und daß sie dort zum größten Teil durch die demagogische Verheerung einer gewissen Presse und in Parteiverfassungen geschürt wird, darüber dürfen ruhig und sachlich urteilende Leser dieser Presse und der in letzter Zeit an Parteitagen gehaltenen Reden nicht mehr im Zweifel sein.“

Obiges Urteil des Organs deutscher Industrieller stellt nichts anderes dar, als das allgemeine Echo scharfer Kritiken aus einzelnen Kreisen, sowie aus Korporationen des Handels und der Industrie. Wir haben schon des öftern darauf hingewiesen, daß die Berichte der verschiedenen Handelskammern, in denen bekanntlich „liberaler“ Trümpf ist, die Wirkungen der Finanzreform als der Industrie und dem Handel günstig bezeichnen. Man erinnere sich an die liberale Behauptung, daß die neuen Steuern Industrie und Handel ruinieren, und halte nun folgende Auslassungen des Jahresberichtes 1910 der Berliner Handelskammer daneben:

„Der Wirtschaftsjahr 1910 nahm im allgemeinen einen günstigen Verlauf. Es ist auch die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß kaum ein einziger Erwerbszweig von der Besserung der Verhältnisse unbeeinträchtigt geblieben ist.“ „Im Einklang mit obiger Kennzeichnung der geschäftlichen Verhältnisse steht die Statistik des Güterverkehrs der deutschen

Eisenbahnen, die in den Jahren 1909 und 1910 nachfolgende Einnahmen erzielten:

1909: 1 599 739 738 Mark.

1910: 1 716 000 000 Mark.

Die Steigerung des Güterverkehrs der deutschen Bahnen gegenüber dem Jahre 1909 bezifferte sich darnach auf etwa sieben Prozent. Auch die Nachweise, die über die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes zur Verfügung stehen, rechtfertigen den Schluß, daß im Jahre 1910 die gewerbliche Beschäftigung intensiver war als im Vorjahre.“

Die Metallindustrie, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 eine Belebung erfahren hatte, hielt sich auf dieser Höhe. Doch ist die Besserung nur als eine mäßige zu betrachten. Das Geschäft in Eisenwaren hob sich etwas. Die chemische Industrie konnte ein sehr günstiges Geschäftsjahr verzeichnen. In einzelnen Kreisen hatten die Verstellungen schon im ersten Jahrbild einen Umfang erreicht, wie er sonst oft für das ganze Jahr ausreichte.“

Das ist die streng sachliche und objektive Kritik des Kaufmanns, welche die liberale Kritik ziemlich unanfechtbar verwirrt. Und nun kommt in fraglichem Zusammenhang auch das liberale Temperament in Sachen der Reichsfinanzreform zum Durchbruch. In einem eigenen Kapitel über die Finanzreform heißt es:

„Die Einführung, welche die im Jahre 1909 durchgeführte Reichsfinanzreform auf die von ihr erfaßten Gewerbe ausübte, kam naturgemäß in einer Erleichterung des Geschäftes zum Ausdruck. Das Jahr 1910 ist in dieser Beziehung als ein Lebensjahr zu bezeichnen; es lag den betreffenden Gewerbetreibenden durch Maßnahmen verschiedener Art sich auf den neuen Verhältnissen einzurichten und auf einen Ausgleich der durch die Steuer- und Zollgesetz gegebenen Schwierigkeiten hinzuwirken.“

Wie der erste Teil des Jahresberichtes der Berliner Handelskammer beweist, ist dieses „Lebensjahr“ recht gut verlaufen. Darum war es den liberalen Drachensieben nicht möglich, im zweiten Teil des Jahresberichtes die sonstigen Phantasien nach der liberalen Steuerhetze loszulassen. Der Zweifelspaß zwischen der liberalen Politiker-Natur wäre sonst auch zu auffällig.

Eine der Industrien, der namentlich von den nationalliberalen Abgeordneten Wassermann und Dr. Weber eine ruhmreiche Wirkung durch die Spiritussteuer vorausgesetzt wurde, war die Holz-Zellulose-Industrie. Es blieb, die unabwehrbare Folge der neuen Steuererleichterung wurde die völlige Vernichtung dieses Geschäftszweiges sein, und zahlreiche Arbeiter würden brotlos werden. Wie jedoch der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 38) aus industriellen Kreisen geschrieben wird, sind die üblichen Voraussetzungen nicht annähernd eingetroffen. Die deutsche Zellulosefabrik in Leipzig, die lediglich Holz-Zellulose fabriziert, also gänzlich unter den Wirkungen des neuen Spiritussteuergesetzes gearbeitet hat, teilt in ihrem am 6. Januar veröffentlichten Jahresabschluß mit, daß 18 Prozent Dividende (gegen 12 Prozent im Vorjahre) und 8 Prozent vor zwei Jahren) verteilt werden würden. Mit einem Aktienkapital von 1 1/2 Millionen Mark wurden unter der „vernichtenden“ Wirkung der Reichsfinanzreform 962 827 Mk. Meingewinn erzielt. In der Zuschrift an die „Köln. Volksztg.“ heißt es noch:

„Um auch gar keinen Zweifel übrig zu lassen, weisen wir noch darauf hin, daß die Zellulosefabrik genau denselben Spiritus und genau dieselbe Menge verbrauchte, wie im Vorjahre und daß sie ferner die Preise für ihre Fabrikate nicht erhöhte. Die andern Holzwerke zur Herstellung von Zellulose (Baumwolle und Kampher) sind im Preise gleich geblieben. Uebrigens haben die andern Zellulosefabriken in Mannheim, Troisdorf und Speyer gleich günstige Resultate erzielt. Die deutsche Zellulosefabrik in Leipzig steht also mit ihrem Abschluß nicht vereinzelt da. Auch das neue Jahr scheint sich recht gut anzulassen und die Betriebe sind so flott beschäftigt, daß Tag und Nacht gearbeitet werden muß.“

Der liberale Kaufmann hat auch hier den liberalen Politiker Lügen gestraft. Obwohl die Herren Wassermann und Dr. Weber zu obigen erfreulichen Ergebnissen — trotz der Reichsfinanzreform — je sich äußern und die übertriebensten Urteile über die Wirkungen der Reichsfinanzreform öffentlich rekrutieren werden? Kaum! Der Liberalismus lebt von der Feyer gegen die Reichsfinanzreform und kann sich dieses einzigen Lebensmomentes nicht entgehen lassen. Wenn auch mit den besten Beweisen die Lügen der Liberalen über die schlimmen Folgen der Reichsfinanzreform aufgedeckt und entsetzend gebrandmarkt werden, die liberalen „Größen“ und ihre Nachbeter werden sich dadurch in der Weiterverbreitung der Legende von der „industriefeindlichen Reichsfinanzreform“ keineswegs stören lassen. Die Sache ist halt das Lebenselixier des Liberalismus — und beim Hegen, so süßhaftig es auch ist, bleibt immer etwas hängen.

Aus dem Kreise Neuß.

* Neuß, 10. Februar.

4 Interessengemeinschaft zwischen Handwerk und Landwirtschaft. Das Vorkommen bedeutet

eine große Gefahr für den Bestand des Kleinverwerkes. Es ist eine altertümliche Gewohnheit der Handwerker, die Rechnungen nur jährlich auszustellen, während die übrigen Erwerbsstände längst zur monatlichen oder vierteljährlichen Rechnungsabrechnung übergegangen sind. Eine zu späte Rechnungslegung hindert den notwendigen raschen Umsatz und verleiht dadurch das Betriebskapital. Die Folge ist eine Verminderung des Gewinnanteils zum Nachteil des Handwerkers und eine Verteuerung der Produktion zum Nachteil des Konsumenten. Der letztere muß übrigens noch berücksichtigen, daß eine längere Rechnungslegung für ihn viele Erleichterungen bringt. Erinnert sei an die Schwierigkeiten mannigfacher Art, die mit dem Zulassungen vieler Rechnungen am Jahresabschluß verknüpft sind. Diesem Uebelstand kann abgeholfen werden, wenn Handwerker und die Landwirtschaft sich an andere Zahlungsmethoden gewöhnen. Erfolgreich ist es daher, wenn jetzt manche Handwerksmeistervereine beschließen, mindestens jedes halbe Jahr genaue Rechnung zu legen, was jedenfalls auch bei der einseitigen Landwirtschaft nützlich sein dürfte. Den Bedürfnissen von Handwerk und Landwirtschaft wird ferner der gemeinsame Einkauf von Rohmaterialien durch die Handwerkervereine dienlich sein. Die Kleinverwerke werden dadurch billiger einkaufen und infolgedessen auch vorteilhafter für die Landwirtschaft verkaufen können. Schließlich werden sich die Handwerker und ihre Abnehmer im eigenen Interesse gegen den Kauf der auswärts liegenden Geschäfte bei Kaufmannsvereinen einfinden. Die arbeitsfähigen Gewerbetreibenden sind nämlich nicht leistungsfähiger als die anfalligen, die Kaufleute dagegen sind weniger. Der Einkauf bei den einheimischen Geschäften hebt deren Leistungsfähigkeit zum Vorteil der Abnehmer und vermehrt die Steuerkraft der Kleinverwerke zugunsten der Gemeindefinanzen.

Volksvereinskurios für Landwirte.

Es sei hiermit nochmals auf den vom 13. bis 18. Februar stattfindenden Kursus für Landwirte im Volksvereinsbause zu M. Glabbach aufmerksam gemacht. Da die Volksvereinszentrale für unsere Leser sehr bequem zu erreichen ist, sollte kein Landwirt die günstige Gelegenheit verpassen, sich über wichtige Fragen Aufklärung zu verschaffen. Die nächsten Vorträge finden statt: Montag den 13. Februar, vormittags 9 Uhr: „Die Landwirtschaft und die übrigen Stände“, nachmittags 3 Uhr: „Landwirtschaft und Steuerwesen“. Dienstag, den 14. Februar, vormittags 9 Uhr: „Die Sozialdemokratie auf dem Lande“, nachmittags 3 Uhr: „Was spricht auf dem Lande gegen eine Zusammenlegung der Grundstücke“. Die Teilnahme ist zwanglos und gebührenfrei.

Rheinland-Westfalen.

* Oberkassel, 8. Febr. Auf dem Kaiser-Friedrich-Ring in Oberkassel wurde Dienstagabend ein Herr von zwei dem Arbeiterstande angehörigen Männern überfallen. Die Burschen nahmen ihm das Portemonnaie und einen Bund Schlüssel ab, verschwand aber, als auf die Hilferufe sich Leute näherten.

* Duisburg, 6. Febr. Gestern abend gegen 11 Uhr wurde ein Hausbursche des Restaurants Wolsburg im Duisburger Walde überfallen, als er sich auf dem Nachhauseweg von der Wohnung befand. Er geriet plötzlich in eine Stricklehre, jedoch er hinfell. Im gleichen Augenblick stürzten sich vier Männer auf ihn, hielten ihm eine Wunde vor's Gesicht und drohten ihm, falls er um Hilfe schreie, mit dem Tode. Der Bursche der Wolsburg und zwei weitere Personen fanden den Hausburschen bewußtlos und an den Händen und Füßen an einem Birkenstrauch gebunden vor. Als der Ueberfallene erwachte, vermißte er 24 Mk., sowie einen Bund Schlüssel. Die Nachforschungen waren bis jetzt erfolglos.

* Köln, 9. Febr. Ein bedauerliches Verbrechen der Zeit. Die noch allgemein im Volk herrschende Rechtsunkenntnis zeitigt bisweilen zuweilen traurige, aber da tragisch Gegenstand eines Prozesses bei einem hiesigen Zivilgericht die Auslegung eines schriftlich abgeschlossenen Mietvertrages, in dem u. a. eine Bestimmung enthalten war, die wörtlich wie folgt lautet: „Anmieter verpflichtet, daß sie keine eigenen Kinder haben, und auch künftig solche nicht halten wollen; im Falle der Zuwanderung gegen diese Vertragsbestimmung soll der Vermieter nicht nur berechtigt sein, von dem Vertrage zurückzutreten, sondern die Mieter auch eine Vertragsstrafe in Höhe von 1000 Mk. an den Vermieter zu zahlen haben.“ Als das betreffende Ehepaar, das die Wohnung gemietet hatte, trotz dieses feierlich gegebenen Vertragsversprechens die Dauer von Kindesjahren doch nicht verspart blieb, klagte der Hauselgentümer auf Zahlung der vereinbarten Vertragsstrafe. Die Beklagten beantragten Abweisung der Klage, weil der Vertrag unethisch und rechtsunwirksam sei. Der Richter hat dementsprechend entschieden.

* Mayen, 7. Febr. In Willenbach bei Kaiserseich wurde in der Nacht zum Samstag ein junger Mann im Streite mit mehreren Leuten mit Messern scharf zugerichtet und an einen Brunnen geschleift, wo er in der kalten Nacht sich selbst überlassen liegen blieb. Morgens wurde er auf dem feuchten Boden liegend gefunden. Noch lebend, erlag er bald den Wunden. Die Täter wurden verhaftet.

* Dortmund, 9. Febr. Als in der vorigen Nacht ein Arbeiter auf Veranlassung der Polizei einen Betrunknen auf einem Handwagen nach der Polizeiwache fahren wollte, wurde der Handwagen von einem schnellfahrenden Automobil angestoßen. Hierbei wurde der Arbeiter auf der Stelle getötet.

Vermischtes.

* Aus der Vergangenheit der „Hohen Pforte“. Jeder Zeitungsleser kennt die „Hohen Pforte“, ein geheimnisvoller Ausdruck für das geheimnisvolle Organ eines mehr oder weniger geheimnisvollen Reiches. Was ist nun eigentlich die „Hohen Pforte“? Es ist das ungeheure und häßliche Holzgebäude, das, zwei Schritte von dem alten Säfarpalast entfernt, einen der lieblichsten Hügel von Konstantinopel krönt und die große Mehrzahl der Ministerialämter des Osmanischen Reiches in sich vereinigt. Es gibt neben der „Hohen Pforte“ noch eine „Majestätische Pforte“, und dies war der Eingang zu der Wohnung des Sultans selbst, die früher nur wenige Schritte von dieser Stätte entfernt lag. Beide Bauwerke sind von ihrer durch den Namen verkündeten Höhe und Majestät im Laufe der Zeiten sehr herabgeunken. Abul Hamid hat von Anfang an still und zäh das Ziel verfolgt, sich zum wirklichen Alleinherren zu machen und jede andere Macht in seiner Umgebung zu unterdrücken. So mußte er natürlich vor allen Dingen den Kampf mit der Hohen Pforte aufnehmen. Den Todesstoß versetzte er ihr im Jahre 1885. Damals war die Revolution in Rumänien ausgebrochen. Der Ministerrat versammelte sich und redigierte nach 36stündiger Beratung eine Note an den Sultan, worin diesem ein sofortiges, nachdrückliches Einschreiten anempfohlen wurde. Als man dies Schriftstück gerade siegeln wollte, trat einer der Sekretäre des Sultans, Reschid-Bey, ein, überreichte dem Kriegsmন্ত্রী ein Papier und ließ sich das Protokoll des Ministerrates geben. Nachdem er es durchgesehen hatte, strich er, ohne etwas zu sagen, die Zeilen durch, die den eigentlichen Beschluß des Ministerrates enthielten, und schrieb dafür etwas anderes. „Dies sind die Ideen Seiner Majestät (so sagte er), mit denen übrigens der Kriegsmন্ত্রী vollkommen übereinstimmt. Redigieren Sie eine Mazbata in diesem Sinne.“ Die Minister, im höchsten Grade verblüfft, wendeten sich an den Sekretär, um von ihm des Rätsels Lösung zu erfahren. Dieser wird bald rot, bald blaß, freudig sich seinen Part, reißt sich seine Nase und lacht schließlich, das Heer sei nicht schlafertig, während er eben noch das Gegenteil versichert hatte. Kurz, der Ministerrat mußte sich fügen — und das war das Ende der Macht der Hohen Pforte.



Im kleinsten Ort

finden Sie Kathrein's Malzkaffee. Das kann man von keinem anderen Malzkaffee sagen. Es ist der direkte Beweis dafür, daß Kathrein's Malzkaffee der beste ist. Denn nur ein wirklich gutes Getränk kann einen solchen Erfolg haben. Kathrein's Malzkaffee verdankt die beispiellose Verbreitung und Beliebtheit seiner immer gleichen Güte, seiner Beförmlichkeit, seinem Wohlgeschmack und seiner Billigkeit.

Der Gehalt macht's!

Telephon Nr. 53

Inserate finden durch die **Neu-Grevenbroicher** Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigsten Lesepublikum unseres Blattes die größte Wirkung. Preis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neu u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltige Reflektzeile 60 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis **7 Uhr abends** für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle befähigten Annoncen-Expeditionen. Expedition: **Neu, Niederstraße 46.**

38. Jahrgang.

Er hat bekanntlich den sozialdemokratischen Massenunzug als Einspruch gegen die Verwaltungsreform gestattet und soll deswegen vom Staatthalter eine Rüge erhalten haben.

ders bemerkenswert sind hierbei auch die vielen
Stipendien, wodurch die Handwerkskammern den
Lehrlingen und Gesellen den Besuch derartiger
Schulen ermöglichen oder wenigstens erleichtern.
Viel weiter jedoch als bei den Fortbildungs-

* M ü h l h a u s e n i. G., 8. Febr. Wie bestimmt verlautet, wird der hiesige Polizeidirektor zurücktreten. Er hat bekanntlich den sozialdemokratischen Massenunzug als Einspruch gegen die Verfallungsreform gestattet und soll deswegen vom Statthalter eine Rüge erhalten haben.

*** Der Kaiser an den Minister der öffentlichen Arbeiten.** Dem Kaiser ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein Bericht über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen in den Jahren 1900 bis 1910 im Anschluß an den ähnlichen Verwaltungsbericht vom Jahre 1901 erstattet worden. Daraufhin ist ein kaiserlicher Erlass an den Minister ergangen, der lautet:

Der Kaiser, Wir zum Beginn eines neuen Lebensjahres vorgelegten Bericht über die Tätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltung während des Jahrzehnts vom 1. April 1900 bis 31. März 1910 habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. — Es erfüllt mich mit besonderer Befriedigung, daß es gelungen ist, den Anforderungen des in außerordentlichem Maße gewachsenen Verkehrs auf den Eisenbahnen durch planmäßige Erweiterung des Schienennetzes sowie durch Vervollkommen und bessere Verwertung der Verkehrsleistung unter Wahrung der finanziellen Bedürfnisse des Staates gerecht zu werden und gleichzeitig die Fürsorge für das Wohl der Angestellten und Arbeiter weiter auszuweiten.

Mit Genehmigung habe ich ferner von der energischen Inangriffnahme der Durchführung der wasserwirtschaftlichen Gesetze, von der weiteren Ausgestaltung der Seehäfen und Schiffahrtsstraßen sowie von der Vervollkommen der Seeschiffahrt sowie von der Vervollkommen der Seeschiffahrt sowie von der Vervollkommen der Seeschiffahrt Kenntnis genommen. — Indem ich Ihnen und den Beamten Ihres Ressorts meine Anerkennung und meinen Dank für Ihre treue Pflichterfüllung erneut ausspreche, will ich die Verantwortlichkeit des Berichtes gern übernehmen.

Berlin, den 6. Februar. Wilhelm K.

Dom Kronprinzenpaar.

* Petersburg, 9. Febr. Die Nowoje Wremja bringt folgende Nachricht aus Berlin: Das deutsche Kronprinzenpaar wird im nächsten Jahre Petersburg besuchen und sich von dort aus über Sibirien nach China, Japan und Amerika begeben. Die Rückreise erfolgt über London.

Niederlande.

* Staatliche Krankenversicherung in Holland. Ein Gesetzentwurf zur staatlichen Krankenversicherung in Holland, der die bereits im Jahre 1904 und 1906 gemachten, damals jedoch vergeblichen Anläufe wieder aufnimmt, beschäftigt jetzt wieder die Generalstaaten. Er schreibt, die Krankenversicherungspflicht vor für alle Arbeiter, mit Ausnahme der unständigen, die weniger als vier Tage an einer Stelle arbeiten, der Dienstboten und derjenigen Arbeiterkräfte, die über eine gewisse ortsfest festgelegte Lohnhöhe hinaus (2½ bis 5 Gulden) täglich verdienen. Die Versicherung soll durch Bezirkskrankenkassen erfolgen, die von Arbeitskräften verwaltet werden sollen. Die Versicherungsleistung soll in Krankengeld bestehen, dessen Höhe die Hälfte des mittleren Tagelohnes jener Lohnklasse beträgt, der der Versicherte bei Beginn der Erwerbsunfähigkeit angehört. Es sind sechs Lohnklassen vorgesehen mit mittleren Tagelöhnen von 0,50 bis 3 Gulden (1 bis 6 Fr.). Das Krankengeld wird wöchentlich, und zwar vom 5. Krankheitstage an längstens 6 Monate hindurch ausgezahlt. Für arbeitsfreie Tage wird kein Krankengeld geleistet. Erhebungen dieser Leistungen (Krankengeld bis zum doppelten Betrage, Bezugsbeginn mit dem ersten Krankentage, Bezugsbauer bis zu 12 Monaten, Auszahlung auch für Sonntage) sind den einzelnen Krankenkassen mit Zustimmung des Arbeitsrates gestattet.

Die Beiträge werden durch die Arbeitsräte in Hunderteilen des mittleren Tagelohnes für die einzelnen Lohnklassen festgesetzt, wobei Abstufungen nach Art der Beschäftigung zulässig sind. Die Beiträge sind zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmer zu tragen. Der Arbeitgeber haften für die Beiträge; kann dem Arbeiter jedoch die Hälfte der Beiträge vom Lohn kürzen. Ausnahmeweise können die Beiträge bei bestimmten Personengruppen auch unmittelbar von den Versicherten eingefordert werden. In diesem Falle hat der Arbeiter vom Unternehmer den Erfolg der auf diesen entfallenden Beiträge zu fordern.

Das Gesetz sieht auch eine freiwillige Mitgliedschaft vor für nichtversicherungspflichtige Personen, innerhalb gewisser vom Arbeitsrat festzusetzender Grenzen. Beim Erlöschen der Versicherungspflicht kann die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden.

Frankreich.

*** Rückgang der französischen Marine.**
Paris, 8. Febr. Das Journal veröffentlicht heute einen Artikel des Senators Humbert über den Niedergang der französischen Marine, der den friedfertigen Ideen des früheren Marineministers Bellenot zugrunde liegt. Die französische Marine sei zum Angriff unfähig, die deutsche Marine sei für den Angriff gewappnet und könne den Kampf mit England aufnehmen. Wenn die 1473 Millionen Francs, die von 1894 bis 1904 zum Bau von Torpedobooten und Kreuzern ausgegeben worden sind, zur Bildung einer Angriffsklasse verwendet worden wären, so würde es heute Deutschland, selbst gestützt auf Oesterreich und Italien, unmöglich sein, den vereinigten Flotten Englands und Frankreichs die Stirne zu bieten.

* Wegen seiner katholischen Gesinnung entlassen. In Algerien wurde unlängst ein Soldat namens Duley hingerichtet. Er starb verurteilt mit Gott und verlangte vor seinem letzten Gang die übliche Gnade, noch die hl. Messe anhören zu dürfen. Der Geistliche fand keinen Mesdiner zu befehlen, bot sich an, und diente die hl. Messe. Der Geistliche, Abbe Delmont, veröffentlichte in den „Missions africaines“ einen Artikel über das erbauende Ende des verurteilten Soldaten und erwähnte darin die schöne Haltung des betr. Offiziers, der in Uniform diese Messe des Verurteilten diente. Der General Latorge legte dem Offizier sofort eine Strafe auf und einige Tage sprach der französische Kriegsminister General Brun die Dienstentlassung aus gegen den Offizier für seine edle, christliche Tat. Hätte der Offizier bei irgend

einer Freimaurerfeier mitgewirkt, so wäre alles sicher in Ordnung gewesen. Aber der hl. Messe dienen, das ist in den Augen der französischen Regierung ein strafwürdiges Verbrechen, das mindestens mit Dienstentlassung zu bestrafen ist. So sieht die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Frankreich aus, nach der auch manche Kulturkämpfer in Deutschland sich sehnen, nicht für sich, sondern für die verhassten gläubigen Katholiken.

Türkei.

Türkische Räte.

* Wien, 8. Febr. Wenn man hier auch glaubt, daß die türkische Regierung die europäischen Provinzen des Reiches aufmerksam beobachtet und für die Expedition nach dem Yemen nicht mehr Truppen aus ihnen fortziehen wird, als unbedingt sind, hält man den Ausbruch von Unruhen daselbst im nächsten Frühjahr nicht für ausgeschlossen. Gewisse Anzeichen verraten, wie man hier sagt, daß in Albanien genöthigt werde, auch in Serbien und Montenegro herbeieine verdächtige Geschäftigkeit. Der Waffenschmuggel von Serbien mache wegen der angeblichen Verletzung der österreichisch-ungarischen Waffensatz an der Drinagrenze, die nur in der festsicheren Phantasie bestehe, solle nur dazu dienen, die Aufmerksamkeit von diesem Schmuggel abzulenken.

Amerika.

Den Deutschen ein Denkmal.

(Washington, 8. Febr. Das Repräsentantenhaus hat eine Vorlage angenommen, in der für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die erste deutsche Ansiedlung in Germantown 30 000 Dollar bewilligt werden.

Parlamentarisches.

* Der Zeitpunkt der Reichstagswahlen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte kürzlich den Gedanken zur Erwägung gestellt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Reichstagswahlen erst im Januar des nächsten Jahres stattfinden zu lassen und den jetzigen Reichstag noch zu einer kurzen Herbsttagung einzuberufen. Dieser Vorschlag hat viel Beachtung und auch Zustimmung gefunden. Ob es freilich möglich sein werde, in diesem Falle den Etat rechtzeitig fertigzustellen, muß dahin gestellt bleiben. Das ist aber verhältnismäßig ein kleines Uebel. Wohl aber könnte man, der neue Etat bereits vorgelegt werden. Nach menschlichem Ermessen wird dieser Etat ein recht erfreuliches Gesicht zeigen. Das würde für die Reformen nicht belanglos sein. Wer wünscht, daß der jetzige Reichstag von den ihm unterbreiteten Gesetzentwürfen noch möglichst viele unter Dach und Fach bringe, der wird dem Vorschlag zustimmen müssen. Im Sommer läßt sich der Reichstag nur bis zum Hochsommer zusammenhalten. Ein Verzug, ihn bis zum Hochsommer zu beschließen, würde sehr schaden. Er tritt er aber im Oktober oder Anfang November wieder zusammen, dann wird er mindestens die hauptsächlichsten Entwürfe erledigen können.

Aus dem Kreise Neuss.

* Neuss, 10. Februar.

Die Generaloberin der Armen Schwestern vom hl. Franziskus, Katharina van Eubert, ist im Mutterhaus zu Neuss gestorben. Sie war seit 50 Jahren Ordensschwester und seit 24 Jahren Generaloberin.

Windthorstbund. In der gestrigen sehr gut besuchten Versammlung des Windthorstbundes hielt Herr Chefbedienter Grunau zunächst einen Ueberblick über die politische Lage, wobei er besonders auf die Wertung der Reichsfinanzreform einging. Hierauf verbreitete sich Konviktsassistent hochw. Herr Louis in lichtvollem Vortrage über das Thema: Kirche und Staat. Redner führte insbesondere aus, daß beide Faktoren vollständig gleichberechtigt seien, daß aber ihre Interessen so viele Berührungspunkte haben, daß sich beide ergänzen und unterstützen müßten. Eine vollständige Trennung von Kirche und Staat sei nicht dienlich. Sodann untersuchte er, wie das gegenseitige Verhältnis beider in den einzelnen Epochen der Weltgeschichte sich gestaltet habe. Wenn es auch den Anschein habe, als solle es zwischen den beiden Gewalten niemals zu einem dauernden Frieden kommen, was darin seinen Grund habe, daß die Träger der Gewalten eben Menschen sind, so solle man doch stets darnach streben, diesem Idealzustand möglichst nahe zu kommen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Im Verlaufe des Abends wurden reiche Anregungen zur weiteren Entwicklung des Vereinsleben nach Innen und Außen gegeben.

Die Vorbereitungen zum Gieseler nehmen schnellen Fortgang. Der Vesperische Saal bietet ein Bild emporwärtigen. Wer in den Abendstunden der letzten Tage einmal hineingefahren, dürfte nicht mit gartem Aeußen behaftet sein. Dort hämmern die Zimmerer, um Haus an Haus zu reihen, dort malen die Künstler der Farben unentwegt. Sie zaubern nur so die gefährlichen Felspartien auf die Leinwand, und Burgen, Wälder und Wiesen entfalten vor den Augen des Neugierigen in wenigen Minuten. Dazwischen aber leitet das natürliche Grün des Felses, schlanker Tannen und des Ginkgos. Wo eine Ecke schon fertig, bilden sich Gruppen der schon in ihrer kleidsamen Trachten erschienenen Mitwirkenden, um sich bei Blüthlicht photographieren zu lassen. Auf der Bühne dellamieren Wanderer, Gieselermädchen und Wingerinnen und der Regisseur studiert im Schweiße seines Angesichts mit einer Edear frühlicher Mädelchen ein, wie sie sich auf der Bühne beim Vorspiel zu bewegen haben. Ein buntes Bild — aber viel verprechend für die Festtage. — Tombo la steht auch auf dem Programm. Und der Ruf nach Gieseler für die Verlobung hat schon schönen Erfolg gehabt, daß den Käufern der Vase Gieselerwünschen winkten, die ihres gleichen suchen. Dabei handelt es

sich durchweg um Gegenstände, die jedermann willkommen sind.

Die Abhaltung der Viehmärkte in Neuss wegen der Fälle von Maul- und Klauenseuche in der Umgegend vom Präsidenten vorläufig verboten worden.

Vorläufig keine neuen Lesebücher. Der rheinischen Lehrerschaft, und besonders den Buch- und Schreibwarenhandlungen war es nicht angenehm, daß sie fortwährend demüthigt wurden mit der Kunde, es kämen neue Lesebücher für die Schulen. Die Schüler wollten Bücher kaufen, konnten aber keine bekommen, weil die Verleger keine neuen mehr drucken wollten. Dadurch saßen manche Kinder ohne das richtige Lesebuch in der Klasse. Jetzt ist dem Uebelstand abgeholfen. Der Minister des Unterrichts hat verfügt, daß in der Rheinprovinz die bisherigen Lesebücher auch noch im Jahre 1911 gebraucht werden dürfen.

Verschärfung des Briefgeheimnisses. Wie der Anst. mitgeteilt wird, ist vor einiger Zeit durch Reichsgerichtsentcheidung das Briefgeheimnis der Postbeamten in sehr demersiver Weise erweitert worden. Es wurde nämlich festgestellt, daß sich das Verschweigen des schriftlichen Inhaltes von Poststücken beschränkt, sondern daß sich das Verschweigen auch auf die Adressen aller durch die Post beförderten Sendungen bezieht. Ein Postbeamter ist demnach nicht berechtigt, irgend einer Person mitzuteilen, ob und wann an irgend jemand ein Brief, eine Geldsendung oder ein Paket angekommen ist. Ferner ist auch zur Feststellung der Wohnung eines Adressaten der Postbeamte nicht berechtigt, mitzuteilen, wie die Wohnung des Empfängers irgend einer Postsendung lautet.

Kommerzialien. 9. Febr. Am Sonntag, den 19. Februar, veranfaßte der Pfarr-Gesangsverein hierseits im Vesperischen Saale sein diesjähriges Winterfest. Der Verein bringt einige größere Chöre aus der „Glocke“ von Romberg und „Schöpfung“ von Haydn zu Gehör. Rühmliche Kölner Solisten haben ihre Mitwirkung zugesagt und werden den Abend mit den Darbietungen des Vereins zu einem geglückten gestalten. Im zweiten Teile der Festlichkeit werden einige Theaterstücke dargeboten. Freunde der edlen Musik und des Humors mögen den Verein durch ihren Besuch beehren.

Dormagen, 8. Febr. Am verfloffenen Sonntag veranfaßte der kath. Arbeiterverein seine diesjährige Generalversammlung. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 151 gestiegen. Unter den Unterstufungsstufen des Vereins hatte besonders die Krankenkasse gute Erfolge zu verzeichnen. Es wurde der Gedanke angeregt, besonders die Jugend zum Beitritt in diese Kasse zu bewegen. Nachdem die Neuwahl des Vorstandes getätigt, hielt der Präses des Vereins, Herr Wilh. Deder, einen Vortrag über die Gefährlichkeit des Freidenkerthums für Gotteshaus, Schule und Friedhof. Herr Wilh. Deder gab verschiedene Anregungen für die Beziehungen des Arbeitervereins zum Jugendverein und wies besonders auf die Erziehungsarbeit hin. Nach einer regen Diskussion fand die schöne Versammlung ihren Abschluß. — Am nächsten Sonntag, den 12. Februar, veranfaßte der Volksverein im Saale von Dinnwald, nachmittags 5 Uhr, einen Volksbildungsabend, bei dem Herr Lehrer Langenberg aus Köln über das Thema: Mutteramt und Mutterwürde sprechen wird. Die Familien und namentlich die Frauen, sind dringend dazu eingeladen.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Aus dem Kreise Grevenbroich. 8. Febr. Man schreibt uns: Gestatten Sie mir zu der Verhütung des Herrn Herrn. Chemnitz, des Vorsitzenden der Chemnitzer Krankenkasse, in Nr. 63 vom 6. Februar folgendes zu bemerken: Vor mir liegt das Protokoll über den Kongreß der freien Hilfskassen des Reichslands, abgehalten am 19. Mai 1909, zu Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelwer 15. Auf Seite 1 heißt es: Schaab-Altona eröffnet den Kongreß und teilt mit, daß die Reichstagsabgeordneten Hoch als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und Legien als Vertreter der Generalcommission der Gewerkschaften erschienen seien; er begrüßt dieselben.

Auf Seite 20 ist unter den beteiligten Klassen auch die „Central-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter“ z. G. G. 12, Chemnitz, vertreten, durch Chemnitz H. verzeichnet.

Man wird sagen, die Bezeichnung „freie“ Klassen solle den Gegensatz zu Zwangsvereinen zum Ausdruck bringen; aber das tut die Bezeichnung Hilfskassen schon zur Genüge, und vom Reichsamt des Innern ist dieser Kongreß auch in Gegenwart zum allgemeinen Kongreß gebracht worden (S. 1). Jeder Berliner Junge weiß auch, daß das Gewerkschaftshaus Engelwer 15, sozialdemokratisch ist und die Herren Hoch und Legien sind ja auch bekannt. Seite 11 wird noch der Vertreter der freiwilligen Fraktionsgemeinschaft Reichstagsabgeordneter Dr. Wolff Rumanus-Koser willkommen geheißen. Nun, man weiß ja, wie nahe sich diese Parteien in den letzten Jahren verwandt geworden sind. Warum werden denn die christlichen Parteien gar nicht erwähnt? Hätte man sie eingeladen, dann würde man doch sicher, wie vom Reichsamt des Innern wohl bemerkt haben, daß sie die Teilnahme abgelehnt haben, oder daß sie nicht erschienen seien.

Es gehört demnach eine eiserne Stirn dazu, zu behaupten, daß die unterzeichnete Kasse weder zur sozialdemokratischen, noch zu irgend einer anderen Partei Beziehungen hat.

Es bleibt dabei, die Chemnitzer Kasse ist das Hilfsmittel, mit dem die sozialdemokratische Partei sich in unsere Gegend Eingang zu verschaffen sucht. Allerdings vorläufig mit Vorsicht und nicht offen. War doch Herr Chemnitz selbst vor einigen Wochen Flug genug, eine Versammlung für Düsseldorf und Umgegend nachträglich, d. h. als er auf das Bedenklliche aufmerksam gemacht worden war, aus dem „Volkshaufe“ in ein anderes Lokal zu verlegen. Oder sollte Herr Chemnitz nicht gerührt haben, was ein Volkshaufe ist?

Grevenbroich, 8. Febr. Unter dem Viehstande des Gutsbesizers Heinrich Hoeber-

ler in Bontenbroich ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Grevenbroich, 9. Febr. Unter den Viehdiebstählen der Aderer Joh. Linkweiler und Jakob Olligs zu Guster ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen und die Geschäftssperre verhängt worden.

Neuenhausen, 8. Febr. In der heute unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Harnisch abgehaltenen Gemeinderatsitzung wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1911 durchberaten und in Einnahme und Ausgabe balancierend zur Summe von 20 845 Mk. festgestellt. Das durch Kommunalsteuerumlage aufzubringende Defizit stellt sich auf 9473 Mk. Es wurde beschlossen, folgende Prozentsätze zur Erhebung gelangen zu lassen: 180 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer einschließlich zu den fingierten Steuerzinsen von 4 Mk., 2,40 Mk. und 1,20 Mk.; 220 Prozent der Realsteuer (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) und 100 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer. Es sind dies die nämlichen Prozentsätze, wie solche im laufenden Rechnungsjahre erhoben werden.

Waldbach, 9. Febr. (Strafhammer.) Die drei schon wiederholt vorbestraften Fabrikarbeiter Hubert S., Nikol. S. und Karl D. aus Wevelinghoven sind beschuldigt, am Abend des 14. November v. J. daselbst durch öffentliche beschimpfende Äußerungen Gotteslästerung, dadurch Vergeris und zugleich groben Unfug verübt zu haben. Der erste Angeklagte hatte sich in angelegentlichem Zustande an das Missionskreuz neben der katholischen Kirche daselbst niedergelegt und freche Bemerkungen in Bezug auf die Kirche und Christus gemacht, alle drei jungen ein Kewent. Wegen Verübung groben Unfugs erhielt Se. 6 Wochen Haft, die beiden andern wurden freigesprochen.

Gesellschaftliches.

* Düsseldorf, 9. Febr. (Strafhammer.) Gelegentlich der Stadtverordnetenwahlversammlung der dritten Abteilung am 29. November v. J. erschien in dem Wahllokal Rathelstraße 11 der nicht wahlberechtigte Heinrich H. mit dem Bemerkten, er sei der Wählermeister H. aus der Rheinstraße. Unter dessen Namen wählte er alsdann auch die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Der zufällig im Lokal anwesende Polizeibeamte von den B., der den Wählermeister persönlich gekannt hatte, wußte, daß dieser geforscht war, und es konnte die betrügerische Wahlmanipulation deshalb sofort entpuppt werden. H. erklärte vor der Strafkammer, eine ihm unbekannte Persönlichkeit habe ihn aufgefordert, für den Wählermeister zu wählen. Er habe sich niemals um Politik gekümmert und auch nicht gekümmert, um welche Wahl es sich gehandelt habe. Die Strafkammer erachtete den Angeklagten für vollendeten Wahlfälscher im Sinne des § 108,2 des Strafgesetzbuches für schuldig und erkannte gegen ihn auf drei Tage Gefängnis.

Rheinland-Westfalen.

* Seerdt-Düsseldorf, 7. Febr. In der verfloffenen Nacht verschafften sich Diebe Eingang zu einem Eisenlager in Seerdt-Düsseldorf, wo sie eine starke Dogge durch Gift unschädlich machten. Sie führten mit einer Kanne auf den Hof, moßen für etwa 400 Mk. Materialien ab und verpackten dieselben — verschiedene Umstände deuten darauf hin — an Ort und Stelle an einen mitgenannten Seher. Auf dem Rückweg stahlen die Spitzbuben alsdann noch einem nahegelegenen Solalager einen Beutel ab.

Düsseldorf, 9. Febr. Nach amtlicher Bekanntgabe sind gestern zwölf Personen, die anlässlich des ersten Boatenalles hofiert worden waren, aus dem Hofierhaus entlassen worden. Das Befinden der übrigen Kranken gibt zur Beunruhigung keinen Anlaß.

Wom Niederrhein, 9. Febr. Zur Illustration der vielbesprochenen Zigarettenmuggel-Affäre aus letzter Zeit dürfte nachstehende Mitteilung dienen. Vor etwa 14 Tagen fuhr ein Gefährt vor dem Hause eines Zigarettenfabrikanten ein großes Automobil vor, in welchem sich, außer dem Chauffeur, 2 Herren und große schmutzige Koffer befanden. Einer dieser Herren in prachtvollem, bis zu den Knien reichenden Pelzrock stieg aus, stellte sich dem Fabrikanten vielleicht als Herr Knitterh, Engländer, vor mit dem Bemerkten, daß er für eine holländische Zigaretten-Fabrikation reise, gleichzeitig präsentierte er Zigaretten-Muster im Werte von 40 Mk. gegen Kasse mit dem Hinzufügen, daß der Fabrikant diese Zigarette für 70 Mk. verkaufen, sie selbst aber zu dem Preise nicht herstellen könne. Auf die Frage des Fabrikanten, wie es denn mit dem Zoll stehe, erwiderte Herr Knitterh, daß die Zigaretten franko Haus geliefert würden. Auf die weitere Frage, wie man denn die Zigaretten nach Deutschland herüber bekomme, gab Herr K. zu verstehen, daß die Einfuhrung durch Luftschiff erfolge. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Herren auch noch bei einem andern Fabrikanten in Gelsenkirchen vorbeigefahren, ohne aber dort zu einem Geschäftsschluß zu gelangen.

Fortunastraße, 7. Febr. Die lange Reihe der Unfälle auf unserm Bergwerk wurde wieder um ein bedauerliches Unglück vermehrt. Ein erst kurzem verheirateter Schlosser aus dem benachbarten Naabrath, der wegen Anbringung eines Nachschusses eine Leiter besorgen hatte, fiel mit dieser um und verletzte sich daran an Kopf und Rücken, daß er dem Krankenhaus in Bergheim zugeführt werden mußte.

Aachen, 8. Febr. Die seit Monaten verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden erheblichen Erhöhung der Gemeindesteuern haben sich glücklicherweise nicht bestätigt. Der Gesamtbedarf des Stadthaushalts für 1911 beträgt 17 352 000 Mk. gegen 34 222 000 Mk. im Vorjahre. Der bedeutende Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß im Etat der städtischen Einnahmen die Summe der Kapitalbewegungen mit rund 17 Millionen Mark nicht mehr eingestellt worden ist; diese Summe wurde bisher im Etat nur wegen der Statistik

Telephon

Die M. als Quir. wärts. Abonn.

Wir haben in der Reichsregierung außerordentlich gezeichnet und so an der liberalen wollen wir noch wahren Wert der solche, die aus Die Liberalen tation gegen die selbe werde das das Gewerbe und das eine Vernein Befehl und ein trotz der vielgep nen ist. Ein e seiner Partei an Finanzreform de schrieb in der „Es ist in d gemeinen, die jochachten, wie e rationalis ist kein überdies hat die zum Teil zu in tigt der Vigi gar nicht bewußt bedauern ist.“ Eine sichere ein Urteil de das Organ des steller läßt gew blauen“ Wodas fällt wurde, wo Auflösung des A recht hoch ginge

Wozüglich de mehr an der als sie nun unter einseitige Gesu ben. Sie ist im sel, daß der heu tem vorzuziehen nicht nur auf di auch auf den An leugnen. Das fo nicht nur der Fr reich von der gewen sich wieder auf d dürfte aber also g Unzufriedenheit un ken zu lassen. Die gegenüber den Stel Schrift „Das We Industriell“ behaup ihr durch die (ten) Zahlen in a denn nur möglich, die in den indus trien für die Indu nig kennt? Dam den ohnmächtigen milien gegenüber tigen. In der St lebhaft empfinden ung geschäft we rück, einen Teil men, und sie ton und bestimmt da nun auch ein Teil hatte sich zu einen sich über ihre übr Die Mühsamkeit herseht also in a streichen, und daß die demagogische und in Parteien über dürften rüßl ter Presse und be gehaltenen Neben

Obiges Urteil ter stellt nichts a Echo scharfer Krit wie aus Korporati duftie. Wir haben wiesen, daß die W dammern, in denen die Wirkungen der und dem Dunkel g sich an die liber Steuern Industrie nun folgende Klus der Berliner Sand

Das Wirtschaft einen günstigen W Aufgabe zu verzei verabschiedung von be beeinflusst geblieben obiger Kennzeichn steht die Statistik